



Nr. 258

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang.

Veröffentlichungsweise: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinbaltige Zeile Nr. 14.—
Zeilen Nr. 4.—. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 %.— Preispr. 9.

Samstag, den 4. November 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Lieferlohn Nr. 640.—. Vierteljährlich. Postbezugs-
preis Nr. 640.— mit Beleggeld. — Schluß der Anzeigenannahme 5 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der Dollar hat den Stand von über 6000 Mark erreicht. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß es sich hier nicht um zwangsläufige wirtschaftliche Einflüsse, sondern um ausgeprochene politische Machinationen handelt. Lange können wir diesen Standal nicht mehr fortmachen. Es wird sich nun fragen, ob die Alliierten gewillt sind, so rasch als möglich Maßnahmen gegen den Marksturz zu ergreifen. Die deutsche Regierung hat Vorschläge ausgearbeitet, von deren Befolgung sie eine Stabilisierung der Mark erhofft. Für den Fall, daß man eine ausländische Anleihe erhält, soll ein Teil des Goldschatzes der Reichsbank zur Stützung der deutschen Mark zur Verfügung gestellt werden. Eine ähnlere Anleihe habe aber nur Aussicht auf Erfolg, wenn das Londoner Diktat in der Reparationsfrage einer Revision unterzogen werde.

Ueber die Stellungnahme der Entente verlaute noch nichts Bestimmtes. Der englische Vertreter, Bradbury, hat sich veranlaßt gefühlt, zu erklären, daß es natürlich sehr ungeschickt für die Entente wäre, hohe Ansprüche zu stellen, die Deutschland nicht erfüllen könne. Im übrigen darf man als sicher annehmen, daß England mit Frankreich unbedingt zusammengehen wird, und daß diesmal die Meinungsverschiedenheiten nicht zu erregten Scheingeschäften führen werden wie unter Lloyd Georges Regie.

Die Lage sch-int sich übrigens namentlich in bezug auf die Vorgänge im Osten verschärft zu haben. Sowohl in Frankreich wie in Italien hört man kriegerische Töne. Die Nationalisten in beiden Lagern wollen anscheinend zum letzten Schlage gegenüber Deutschland bzw. Südrussland ausholen, ehe die Entwicklung im Osten soweit gediehen ist, daß die Ostvölker über das mitteleuropäische Problem auch ein Wort mitzusprechen wünschen.

Der Völkerbundschwindel.

Deutscher Protest gegen die Unterdrückung der deutschen Sprache auf der „internationalen“ Arbeitskonferenz.

Genf, 3. Nov. Die internationale Arbeitskonferenz hat es in der heutigen Vormittagsitzung abgelehnt, in eine Besprechung der Ausführanträge, darunter den gestern beschlossenen Antrag des Unterausschusses über die neue Amtssprache einzutreten, sondern beschloß, alle diese Anträge ohne Aussprache dem Verwaltungsrat zu überweisen mit Ausnahme des Antrags, der eine Dankkundgebung für die Schweiz darstellt. Der Antrag des deutschen Regierungsvertreters Dr. Leymann, auch den Sprachenantrag auszunehmen, da die deutschen Delegierten hierzu wenigstens eine Erklärung abgeben möchten, wurde abgelehnt.

Genf, 3. Nov. Die Verhandlungen über die Frage der Einführung der deutschen Sprache als dritte Amtssprache fanden in der heutigen Schlußsitzung der internationalen Arbeitskonferenz einen ziemlich aufregenden Abschluß. Kurz vor Beginn der Nachmittagsdebatte verlangte der deutsche Arbeitnehmervertreter Reichsminister a. D. Wissell (Soz.) das Wort zur Geschäftsordnung und erklärte mit ernster Stimme und nachdrücklicher Betonung folgendes: „Wir werden auf der nächsten Konferenz Mittel und Wege finden, damit es den Vertretern nicht mehr im Reflexfieber des Auseinandergehens unmöglich gemacht wird, Fragen zu besprechen, die im Interesse der Sache liegen. Ich weiß nicht, ob ich 1923 wieder hier stehen werde, aber das weiß ich genau und muß ich erklären, daß ein Gefühl tiefster Erbitterung und tiefsten Schmerzes die Herzen von Millionen von Arbeitern erfassen wird, wenn ich ihnen erzähle, daß es einem Vertreter hier nicht möglich war, ihre Interessen auszudrücken. Der Präsident der Konferenz hat mir unmittelbar versprochen, daß ich hier zu Worte kommen würde. Das hat die Konferenz unmöglich gemacht. Aber, meine Herren, auch ein Volk, das so tief gekürrt ist wie wir, hat das Recht, den Kopf hoch zu tragen und den Glauben an die Zukunft nicht zu verlieren.“ — Diese mit großer Eindringlichkeit und tiefer innerer Erregung gesprochenen Worte lösten einen sichtbaren starken Eindruck aus. Ein Teil der Versammlung, sowie der Präsident brachen in Beifallsklatschen aus. Wissell lehrte an seinen Platz zurück, um die französische Uebersetzung der Rede abzuwarten. Dann erhob sich die gesamte deutsche Abordnung und verließ geschlossen den Saal. Nachdem die deutsche Abordnung den Saal verlassen hatte, ergriff Präsident Burri. Ham das Wort und erklärte, es sei in der Tat richtig, daß er Wissell versprochen habe, ihm das Wort in der Sprachenfrage zu geben. Die Konferenz sei nun aber einmal souverän in ihrer Entscheidung. Hierauf hielt Burnham die Schlußrede. —

Wir haben bekanntlich von jeher den Standpunkt vertreten, daß das vom Völkerbund, d. h. von der Entente gegründete „internationale“ Arbeitsamt lediglich zu Propagandazwecken für die Alliierten benützt werden soll. Deshalb war es ein sehr geschickter Antrag der deutschen Teilnehmer, daß sie im Verlehrs des internationalen Arbeitsamts auch die deutsche Sprache als Amtssprache (neben dem Englischen und Französischen) verlangten. Die Annahme dieses Antrags hätte zur Folge gehabt, daß alle Beschlüsse und Maßnahmen auch in deutscher Sprache hätten gedruckt werden müssen, und daß auch die deutsche Sprache beim internationalen Arbeitsamt, das bekanntlich unter der Leitung eines Franzosen steht, hätte eingeführt werden müssen. Die Konferenz, die unter dem Druck der Entente steht, hat aber den Reichsarbeitsminister gar nicht zum Wort kommen lassen, um seinen Antrag zu begründen.

Die Reparationsverhandlungen in Berlin.

Besprechungen innerhalb der Reichsregierung.

Berlin, 3. Nov. Zur Vorbereitung der heutigen Besprechungen mit der Reparationskommission fand heute vormittags in der Reichskanzlei eine Beratung unter Teilnahme der zuständigen Minister und Staatssekretäre, sowie des Reichsbankpräsidenten Havenstein über die Reparationsfrage statt. Die „Vossische Zeitung“ glaubt zu wissen, daß sich insbesondere infolge der heutigen großen Wertverminderung der Mark die Notwendigkeit ergeben habe, die deutschen Vorschläge zur Stabilisierung der Mark und des Budgetgleichgewichts, sowie zur Regelung der schwebenden Schuld noch einmal einer Beratung im Reichskabinett selbst zu unterziehen, ehe sie der Reparationskommission überreicht werden sollen. Nachmittags sollen, wie das Blatt schreibt, der Kommission lediglich schriftliche Aufzeichnungen übergeben werden, die eine kurze Zusammenfassung der bisher gemachten mündlichen Darlegungen der Regierungsvertreter enthalten sollen.

Uebersendung der deutschen Unterlagen zur Erklärung unserer Finanzlage.

Berlin, 3. Nov. In der Besprechung mit den Mitgliedern der Reparationskommission überreichte heute der Reichsfinanzminister eine schriftliche Ausarbeitung über die schwebende Schuld und über die Stabilisierung der Mark. Eine Mitteilung weiterer schriftlicher Unterlagen wurde vereinbart. Die Besprechungen nehmen anfangs nächster Woche ihren Fortgang.

Andeutungen über den Inhalt der deutschen Vorschläge.

Berlin, 4. Nov. Ueber den Inhalt der gestern von der Reichsregierung der Reparationskommission überreichten Denkschrift weiß eine sozialistische Korrespondenz mitzuteilen, daß in der Denkschrift einleitend darauf hingewiesen werde, daß eine Stabilisierung der Mark gleichzeitig mit der Balancierung unseres Etats erfolgen müsse. Unter der Voraussetzung, daß eine äußere Anleihe zustandekomme, sei die Reichsregierung nicht abgeneigt, auch den Goldbestand der Reichsbank teilweise zu Stützungszwecken für die Mark zu verwenden. Die Denkschrift verweise weiter darauf, daß eine äußere Anleihe aber nur dann möglich sein werde, wenn die durch das Londoner Diktat geforderten deutschen Reparationsverpflichtungen einer Revision unterzogen würden und eine langfristige Stundung eintrete.

Neue Sitzung der Reichsregierung mit der Reparationskommission.

Berlin, 3. Nov. Wie wir erfahren, hält heute nachmittag die Reichsregierung ihre 4. Sitzung mit der Reparationskommission ab. Die Reparationskommission hatte gestern um eine schriftliche Festlegung der Vorschläge gebeten. Demgemäß wird die Regierung heute abend ihre bisherigen mündlichen Darlegungen zum Etat, zur Stabilisierung der Mark und zur schwebenden Schuld in einer schriftlichen Aufzeichnung überreichen. Diese wird die Grundlage zu konkreten Vorschlägen der Regierung bilden.

Der Reichswirtschaftsrat zur Frage der Stabilisierung der Mark.

Berlin, 4. Nov. Von dem gemeinsamen Unterausschuss des finanzpolitischen und des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats wurde, den Blättern zufolge, ein Gutachten ausgearbeitet, das folgende Voraussetzungen für eine dauernde Stabilisierung der deutschen Währung angibt: 1) eine Neuregelung der Reparationsverpflichtungen, die Deutschland eine mehrjährige Atempause zur inneren Kräftigung gewährt. 2) Sanierung des öffentlichen Haushalts. Es ist unbedingt geboten, schleunigst für den gesunkenen Geldwert für entsprechende Mehrein-

nahmen, daneben durch Sparfameit und Vereinfachung in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen für eine mögliche Ermäßigung der Ausgaben zu sorgen. 3) Intensivierung und Nationalisierung der Produktion. Der Ausschuss empfiehlt ferner die Ausgabe eines wertbeständigen Anleihepapiers, das die normale Spartätigkeit wieder auslöst. Der Ausschuss hält es weiter für erwägenswert, eine fundierte Goldanleihe mit einer kurzfristigen Kreditsicherung in Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft zu verbinden. Für eine unfundierte Goldanleihe würde der Ausschuss die Verantwortung ablehnen.

Die unentzessenen Engländer.

Paris, 3. Nov. Der Berliner Korrespondent der „Chicago Tribune“ hatte eine Unterredung mit Bradbury, der u. a. erklärte: Die Atmosphäre hier ist für die jetzigen Verhandlungen nicht ungünstig. Der Rücktritt Lloyd Georges hat, obwohl er wahrscheinlich im Augenblick keinen Wechsel in der englischen Politik hervorruft, auf die französische öffentliche Meinung einen günstigen Eindruck gemacht. In Berlin haben wir den Reichskanzler und den Reichsfinanzminister aufs äußerste angespannt vorgesunden, um der Reparationskommission einen Einblick in die tatsächliche Lage Deutschlands zu verschaffen. Die Frage ist an und für sich äußerst schwierig. Wenn die Kommission von Paris aus eine Kontrolle auszuüben wünscht, drohen zwei Gefahren: Die eine besteht darin, daß die Deutschen erklären würden, die Vorschläge der Reparationskommission seien undurchführbar. Wenn sie andererseits nachweisen, daß sie schlingen, dann werde die Verantwortung die Reparationskommission treffen.

Amerikanische Ansicht über das Reparationsproblem.

Paris, 3. Nov. Der „New-York Herald“ meldet aus New-York: Der amerikanische Bankier Otto E. Kahn erklärte in einer Rede im Lionspark gestern u. a., solange das im Zentrum Europas gelegene Deutschland nicht in der Lage sei, einen endgültigen Aktionsplan für die Zukunft aufzustellen und ein wertvolles Mitglied der europäischen Völkerfamilie zu werden, könne Europa keine Ruhe finden und nicht wieder zu normalen Zuständen zurückgelangen. Auch könne Frankreich keine Zahlungen erhalten. Obwohl die Lage hoffnungslos erscheine, halte er sie nicht für kritisch. Er hoffe, daß es für Amerika nicht zu spät um Eingreifen sei. Es könne sich aus moralischen und aus Klugheitsgründen Europa gegenüber nicht gleichgültig verhalten. Es sei gut, daß die Vereinigten Staaten nicht in den Völkerbund eingetreten seien. Nach seiner Ansicht sollten sie jedoch offiziell in der Reparationskommission vertreten sein. Bei der Liquidation der fremden Schulden solle Amerika liberal vorgehen. Kahn unterscheidet zwischen den nach dem Waffenstillstand eingegangenen Handels- und vorher kontrahierten Kriegsschulden. Die ersteren sollten zurückgefordert und sofort bezahlt werden. Dagegen müßten die Kriegsschulden freundschaftlich geregelt werden. Es solle für die Rückzahlung Zeit gewährt und Europa durch die Einziehung der Kriegsschulden nicht in Schwierigkeiten gebracht werden.

Die deutsch-amerikanischen Verhandlungen über die gegenseitigen Privatanprüche aus dem Kriege.

Newyork, 3. Nov. Nach einer Meldung aus Washington hat die gemischte Kommission zur Regelung der deutsch-amerikanischen Ansprüche eine Sitzung abgehalten, in der der Obmann Bay und Staatskommissar Parler den deutschen Vertreter Dr. Kieselbach und seine Kollegen herzlich willkommen hießen. Amerikaner, die Ansprüche geltend machen wollten, sind aufgefordert, ihre Darlegungen bis zum 1. Januar 1923 beim Staatsdepartement einzureichen.

Die Orientkrisis.

Die Regierung in Konstantinopel von den Nationalisten abgeegt.

Paris, 3. Nov. Die Agence Havas meldet aus Konstantinopel: Das Osmanische Reich ist am 1. November um 7.30 Uhr abends unter stürmischem Beifall von der Großen Nationalversammlung von Angora geschaffen worden. Die Regierung der Großen Nationalversammlung ist zum Erben des Reiches proklamiert worden. Die Nationalversammlung wird einen Kalifen zu wählen haben. Der Pariser Vertreter der Regierung von Angora hat der französischen Regierung mitgeteilt, daß die Regierung von Angora alle Verträge, kontraktlichen Abmachungen usw., die seit dem 16. März 1920 durch die Verwaltung von

Konstantinopel abgeschlossen wurden, als null und nichtig betrachte. Das gleiche gilt für die Versprechungen, die von dieser Verwaltung Finanzunternehmen gemacht worden ist.

Konstantinopel, 3. Nov. (Neuter). Die Nationalversammlung von Angora erließ am 1. November einstimmig folgendes Gesetz: Seit dem 16. März 1920 und für alle Zeiten ruht die Regierung der Nation in den Händen der Nationalversammlung. Keine andere Regierungsform wird anerkannt. Das Volk wird keine andere Herrschaft von der Art der Konstantinopeler anerkennen. Das Kalifat bleibt beim osmanischen Haus, aber die Nationalversammlung wird den Prinzen bestimmen, dessen Charakter und moralische Vorzüge dieser Stellung würdig sind.

Ministerrat in Konstantinopel.

Paris, 3. Nov. Nach einer Havas-Meldung aus Konstantinopel ist heute Vormittag unter dem Vorsitz des Sultans ein wichtiger Ministerrat zusammengetreten, um die durch die Beschlüsse der Nationalversammlung in Angora geschaffene Lage zu prüfen.

Die Räumung Ostthraziens durch die Griechen vollendet.

Paris, 3. Nov. Havas meldet aus Konstantinopel, die militärische Räumung Ostthraziens sei völlig durchgeführt. Die letzten griechischen Truppen hätten die Marika überschritten. Trotz der Bemühungen der alliierten Kommissionen dauere der Auszug der Bevölkerung an. Es verlautet nichts über irgendwelche ernste Zwischenfälle. Der Vertreter der Regierung von Angora habe in einem Rundschreiben die Beamten erlucht, Eifer und Pünktlichkeit zu zeigen. Aus den in dem Schreiben aufgeführten Maßnahmen sind hervorzuheben: Rekrutierung aller wehrfähigen Männer in der Gendarmierie, Verbot der Getreide- und Viehausfuhr, sowie des Verkaufs, der Herstellung und des Verbrauchs von Spirituosen.

Anklageerhebung gegen König Konstantin.

Atien, 3. Nov. Wie die Blätter melden, soll der frühere König Konstantin, dessen Verantwortlichkeit für den Zusammenbruch in Kleinasien festgestellt sei, ersucht werden, vor dem Untersuchungsausschuss zu erscheinen, widrigenfalls er von dem Kriegsgericht in Abwesenheit abgeurteilt werde. Der Prozess gegen die angeklagten Persönlichkeiten soll im Laufe der nächsten Woche beginnen.

Rumänisch-bulgarische Verhandlungen.

Sofia, 3. Nov. Der bulgarische Ministerpräsident ist nach Bukarest abgereist, wo morgen die Besprechungen mit dem rumänischen Ministerpräsidenten und dem rumänischen Außenminister stattfinden. — Es dürfte sich wohl um die thrazische und Dardanellenfrage handeln.

Polnische Militärdiktatur in Ostgalizien.

Wien, 4. Nov. Die Westukrainische Presseagentur teilt mit: General Haller ist zum Militärdiktator für Ostgalizien ernannt worden. Er hat sein Amt, das die gesamte Zivil- und Militärverwaltung in seiner Hand vereinigt, bereits angetreten. Haller hat den Auftrag, Wahlen zum Sejm und Aushebungen in Ostgalizien für die polnische Armee vorzunehmen.

Südslawien und das faschistische Anwesen.

Belgrad, 3. Nov. Anlässlich des Faschisteneinfalls in Suscha und der Grenzverletzung Jugoslawiens hat heute ein Ministerrat stattgefunden, in dem über die Maßnahmen beraten wurde, die notwendig seien, um neuerliche Verletzungen der Grenze zu verhindern. Die Armeekommandanten in Agram und Serazewo sind beauftragt worden, die nötigen Vorkehrungen für eventuelle Zwischenfälle zu treffen. Inzwischen hat der hiesige italienische Geschäftsträger den Minister des Äußeren besucht und ihm die Versicherung ausgedrückt, daß die italienische Regierung von dem Wunsch durchdrungen sei, mit den Nachbarstaaten freundschaftliche Beziehungen aufrecht zu erhalten. — Wenn die Herren befürchten müssen, daß man ihnen aufs Haupt spuckt, dann sind sie sehr gemäßig.

Sowjetrußland im Fernen Osten.

Zur Einnahme von Wladiwostok.

(ABC.) Aus Helsingfors wird uns geschrieben: Am Nachmittag des 25. Oktober sind die Truppen der Republik des Fernen Ostens, die die ganze Zeit über im engsten Kontakt mit der bolschewistischen Heeresleitung in Moskau standen, in Wladiwostok eingezogen. Der Vorsitzende des Revolutionären Kriegesowjets der Sowjetrepublik Trozki hat die Einnahme Wladiwostoks durch die Truppen der sogenannten „Revolutionären Volksarmee“ durch einen Tagesbefehl an die Rote Armee und Rote Flotte gefeiert. Ueberaus bezeichnend ist es, daß Trozki in diesem Tagesbefehl von den Truppen der Republik des Fernen Ostens betont, daß sie „einen untrennbaren Teil der Roten Arbeiter- und Bauernarmee“ bilden! Rußland hat wiederum seinen Ausgang zum Stillen Ozean, ruft Trozki in seinem Tagesbefehl aus und beglückwünscht die Rote Armee und Flotte anlässlich dieses Sieges. Auch Lenin hat sich zu der Eroberung Wladiwostoks geäußert und an den Ministerpräsidenten der Republik des Fernen Ostens ein Glückwunsch-Telegramm geschickt, in welchem er die Hoffnung äußert, daß die Befreiung Wladiwostoks zu dem Zusammenschluß aller russischen Bürger führen werde, die die Zeit des japanischen Jochs erduldet hätten. Die Mosauer „Iswestija“ feiert in einem längeren Leitartikel die Rückeroberung Wladiwostoks und erklärt, daß gegenwärtig der Zeitpunkt gekommen sei, ein für alle Mal mit der Gegenrevolution im Fernen Osten aufzuräumen und mit Hilfe von bewaffneten Streitkräften die traurigen Reste der weißgardistischen Reaktion vom russischen Territorium zu vertreiben, genau so, wie die Wrangel-Armee in Südrußland. Was man nicht mit Waffengewalt verwirklichen könne, müsse auf diplomatischem Wege erreicht werden. Sowjetrußland müsse auf diplomatischem Wege durch-

Ämtliche Bekanntmachung

Bekanntmachung

betr. Vorführung der Kraftfahrzeuge und des Wägen der Weckerlinie am Dienstag, den 7. Nov. nachm. 4 1/2 Uhr in Calw.

1. 4 1/2 Uhr Schulübungen an der Turnhalle.
2. Hauptübung auf dem Marktplatz.

Dies wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Die Bevölkerung aus Stadt und Bezirk wird eingeladen, sich die Vorführungen anzusehen.

Calw, den 3. November 1922.

Oberamt: Bögel, Amtmann.

sehen, daß die nördliche Hälfte Sachalins von den Japanern geräumt würde und daß China die Sicherheit der russischen Grenzen von Seiten der Mandchurei garantiere. Gleichzeitig trägt sich das bolschewistische Blatt mit großen Kolonisationsplänen im Fernen Osten. Die „Iswestija“ betont, daß die Kolonisation die Kardinalfrage darstelle, von der das weitere Schicksal des Fernen Ostens abhängt und die Festigkeit der russischen Herrschaft an den Gestaden des Stillen Ozeans während der nächsten 10 Jahre. An Kohlen, Eisen, Gold, Wäldern und Fischen herrsche kein Mangel, wohl aber an Arbeitskräften und diese Arbeitskräfte müßten um jeden Preis in den Fernen Osten geschafft werden. Rußland müsse festen Fuß an den Gestaden des Stillen Ozeans fassen und seine wirtschaftliche und politische Lage im Fernen Osten festigen.

Die Philippinen fordern Unabhängigkeit von Amerika.

Manila, 4. Nov. Der philippinische Senat hat einstimmig eine Entschlüsselung angenommen, in der der Kongress der Vereinigten Staaten ersucht wird, zu gestatten, daß eine konstituierende Versammlung der Philippinen einberufen wird, die über die Bildung einer unabhängigen philippinischen Republik zu beschließen und die Beziehungen der neuen Republik zur amerikanischen Regierung festzustellen hätte.

Pünktliches Erscheinen Gute Berichterstattung Orientierende Leitartikel

das sind die 3 Punkte,
die dem „Calwer Tagblatt“
ständig neue Kunden werben.

Deutschland.

Die erneute Erhöhung der Postgebühren.

Berlin, 3. Nov. Im Reichstagsausschuss für Postangelegenheiten begründete der Reichspostminister die Erhöhung der Gebühren mit der fortschreitenden Geldentwertung. Ein Teil des Fehlbetrags sei allerdings durch Vereinfachungsmaßnahmen im Personal und Betriebswesen ausgeglichen worden. So sei durch die Verkleinerung des Beamtenkörpers eine Kürzung der Ausgaben um 3 Milliarden erzielt worden. Eine Auslichtung auf eine weitere Minderausgabe eröffne sich durch die im Gange befindliche Abgabe von entbehrlichen Beamten verschiedener Befoldungsgruppen an andere Verwaltungen. Trotzdem seien die neuen Vorlagen, die bei der Briefpost und beim Fernsprechverkehr eine hundertprozentige und der Paketpost eine knapp fünfzigprozentige Erhöhung vorstelle und die spätestens am 15. November in Kraft treten sollen, nötig. Bei der Abstimmung wurden die vorgeschlagenen Erhöhungen der Postgebühren angenommen. Darnach kostet das Porto für die Postkarte im Ortsverkehr 3 M, im Fernverkehr 6 M, für einen Brief im Ortsverkehr 4 M, für einen Brief im Fernverkehr 12 M usw.

Berlin, 3. Nov. Bei der gestrigen Beratung der Vorlagen betreffend die neuerliche Erhöhung der Post-, Fernsprech- und Telegraphengebühren im Reichstag erklärte Reichspostminister Giesberts u. a., die vorgeschlagenen Beschlüsse wegen der Erhöhung der Beamtengehälter würden wieder katastrophal auf die Verkehrsverwaltung wirken. Es werde so kommen, daß wir für 1922 ein Defizit von 50 Milliarden und für 1923 ein solches von 120 bis 150 Milliarden haben würden. Errechnen lasse sich heute überhaupt nichts mehr. Im Fernsprechverkehr lägen heute mehr Anmeldungen als Abmeldungen vor, aber der Briefverkehr gehe enorm zurück. Nach dieser neuen Erhöhung werde er wahrscheinlich noch mehr zurückgehen. Der Minister ersuchte die Vertreter der einzelnen Länder, sich schon jetzt darauf vorzubereiten. Es müsse überlegt werden, ob künftig die Forderung einer rein wirtschaftlichen Bilanzierung des Staats aufrecht zu erhalten sei oder nicht. — Die Vorlagen wurden schließlich unverändert angenommen, ebenso der Gesetzentwurf, der das Gesetz zur Bekämpfung der Kapitalflucht teilweise verschärft und teilweise mildert. Die Verschärfungen entsprechen den Forderungen der Reparationskommission. Die Summe, die man persönlich an Geld ins Ausland mitnehmen darf, wurde auf 20 000 M erhöht.

Projekt des Reichspräsidenten

gegen das Kartoffelausfuhrverbot Hessens.

Berlin, 3. Nov. Die hessische Regierung hatte im Oktober durch Verordnung auf Grund des Artikels 48 Absatz 4 der Reichsverfassung die Ausfuhr von Kartoffeln für Hessen bis zum 4. November verboten. Der Reichspräsident hatte, dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, gegen die Verordnung sofort Einwendungen erhoben und die hessische Regierung zunächst um Aufhebung gebeten. Die hessische Regierung ist der Bitte unter Hinweis auf das Beispiel Bayerns in der Frage der Schutzgesetzgebung nicht nachgekommen. Daraufhin stellte der Reichspräsident, dem Blatt zufolge, gestern auf Grund des Artikels 48 Absatz 4 Satz 2 der Reichsverfassung das Verlangen auf Außerkraftsetzung der Verordnung.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 4. November 1922.

Reformationsfest 1922.

Das Reformationsfest gibt unsern verarmten deutschen Volk Anlaß, sich auf den geistigen Reichtum zu besinnen, den ihm der tiefgründende Bergmannssohn von Eisleben erschafft hat. Zu seiner Zeit rang die junge diesseits-trohe Kultur der Renaissance mit der weltenden kirchlichen Kultur des Mittelalters. Luther hat die hier aufeinanderstoßenden Gegensätze überwunden. Himmel und Hölle sind ihm lebenslang beherrschende Wirklichkeiten wie wenig anderen Menschen; aber wie ein Kind kann er sich der Erde, der Natur, des Familienlebens freuen. Den größten Autoritäten seiner Zeit, Kaiser und Papst, bietet er unerschütterter Trost, aber sein Gewissen ist „gefangen und gebunden in Gottes Wort“. Er bekennt: „Es ist all unser Tun und unser Tun, auch in dem besten Leben“, dabei findet er den Weg zu einem für Jahrhunderte bahnbrechenden Wirken. Worin liegt das Geheimnis des Reformators? Er ist, was er ist, allein durch den Glauben. Man muß Luther selbst darüber reden hören: „Glaube ist eine lebendige verwegene Zuversicht auf Gottes Gnade, so gewiß, daß er tausendmal darüber stirbt. Glaube ist ein göttliches Werk in uns, das tötet den alten Adam und bringt den heiligen Geist mit sich. Daher der Mensch willig und lüftig wird, jedermann zu dienen, allerlei zu leiden Gott zu Liebe und Lob.“

Was ist uns heutzutage Luthers Erbe? Wenn die Krise unserer Kultur je länger je hoffnungsloser scheinen will, so liegt das nicht daran, daß wir dieses Erbe ausgeschöpft, sondern daran, daß wir es nicht allseitig ausgemünzt haben. Sollte uns nicht Luthers Glaube aufs neue zum Leitstern werden? Wollen wir uns nicht in der Not des Zusammenbruchs und der Schuld dem gnädigen Gott in die Arme werfen, geheiligte Persönlichkeiten werden, um den sozialen Bedürfnissen der Zeit zu dienen, für Alte und Junge eine innerlich erlösende Autorität suchen in der Frohbotschaft von Christus, im Licht der Ewigkeit des irdischen Lebens und Freude wiederfinden und seine Last und sein Leid tapfer und hoffnungsvoll auf uns nehmen? So könnte sich etwas erfüllen von der durch den schwedischen Erzbischof D. Söderblom ausgesprochenen hochgespannten Erwartung, daß eine Erneuerung hervorquellend aus dem mit Liebe getragenen Leid des deutschen Volkes. S. Pf.

Vom Rathaus.

Schluß des Berichts.

* Der Fuhrwerksbesitzer Ziegler, der den allgemeinen Fuhrwerksverkehr der Stadt übernommen hat, ersucht um 50 Prozent Erhöhung seiner Entschädigung wegen der dauernden Preissteigerung. Er erhält jetzt 280 M die Stunde. — Wie gestern mitgeteilt wurde, haben sich nun der Haus- und Grundbesitzerverein und der Mieterverein über die Vollzugsverfügung der Stadt zum Reichsmietengesetz und zur württ. Ausführungsbestimmung geeinigt, und zwar in folgender Weise: Der Beschluß des Gemeinderats, zur Feststellung der Grundmiete einen Abzug von 10 Prozent von der Friedensmiete zu machen, wurde auf 11 Prozent abgeändert. Der Verwaltungsvertrag für die Mietzusage wurde für Häuser, die nicht vom Vermieter bewohnt werden, oder in denen mehr als 4 Mietsparteien wohnen, auf 75 Prozent der Grundmiete (nach dem Beschluß des Gemeinderats 100 Prozent) festgesetzt, für die übrigen Häuser auf 40 Pr. (60 Pr.). Der Zuschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten wurde auf 250 Pr. der Grundmiete (300 Pr.) und für große Instandsetzungsarbeiten auf 225 (250 Pr.) bei massiven, unverputzten Bauten und 280 (300) Pr. bei anderen Bauten festgesetzt. Der Zuschlag für gewerbliche Räume, und zwar für kleinere Geschäfte in Höhe von 200 Pr., für größere Geschäfte in Höhe von 250 Pr. der Grundmiete wurde beibehalten. Die Mitglieder des Kollegiums gaben der Befriedigung über die erzielte Einigung Ausdruck; die Beschlüsse wurden gutgeheißen. Die Vollzugsverfügung tritt am 16. November in Kraft. (Ein vom Vorsitzenden angeführtes Musterbeispiel für die Wirkung der Hundertfüße folgt unten; bei Gelegenheit werden wir auch noch andere Fälle zur Erleichterung der Berechnung veröffentlichen.) Auf die Frage von Frau M. C. über die Richtlinien für Berechnung der Miete für Untermieter erklärte der Vorsitzende, daß demnächst in der Angelegenheit von Seiten des Mieteneinigungsamts Schritte unternommen werden, um Richtpreise zwischen Mietern und Untermietern zustande zu bringen, wobei beide Parteien Gelegenheit zur Stellungnahme haben werden. — Mit Farrenhalter Kusterer wurde ein neuer Farrenhaltungsvertrag auf 6 Jahre abgeschlossen, auf Grund von Natural- und Barentschädigung. Das Sprunggeld wurde auf 40 M erhöht. Auf die Anfrage von M. M. a. y. ob für die hiesige Viehzahl zwei Farren nötig

Seffens.
 Im Oktober
 4 der Reichs-
 bis zum 4.
 dem „Berliner
 Einwendungen
 Aufhebung ge-
 er Hinweis auf
 esgebung nicht
 dem, dem Blatt
 4 Satz 2 der
 egung der Ver-

November 1922.
 nten deutschen
 zu befinnen,
 von Eisleben
 diesseitsfrohe
 urchlichen Kul-
 aufeinander-
 und Hölle sind
 n wie wenig
 sich der Erde,
 größten Auto-
 er unerhöht-
 und gebunden
 nser Tun um-
 et er den Weg
 Wirken. Worin
 ist, was er ist,
 selbst darüber
 wegene Zuver-
 ndmal darüber
 uns, das tötet
 Geist mit sich.
 jedermann zu
 Lob.“
 ? Wenn die
 losser scheinen
 s Erde ausge-
 ig ausgemünzt
 us neue zum
 n der Not des
 ein Gott in die
 erden, um den
 für Alte und
 fuchen in der
 igkeit des irdi-
 eite Last und
 nehmen? So
 en schwedischen
 hochgespannten
 iese aus dem
 lles. H. Pf.

 den allgemei-
 en hat, ersucht
 ng wegen der
 280 M die
 aben sich nur
 Mieterverein
 Reichsmietens-
 geeinigt, und
 Gemeinderats,
 Abzug von
 machen, wurde
 waltungss-
 ächt vom Ver-
 als 4 Miet-
 ndmiete (nach
) festgesetzt,
 z.). Der Zu-
 a wurde auf
 für große In-
 massiven, un-
 nderen Bauten
 ume, und zwar
 , für größere
 iete wurde be-
 en der Besrie-
 ; die Beschüsse
 ung tritt am
 iden angeführ-
 nderfälle folgt
 h andere Fälle
 icken.) Auf die
 inlinien für Be-
 erklärte der
 eit von Seiten
 en werden, um
 ernen zustande zu
 zur Stellung-
 Kusterer wurde
 hre abgeschlos-
 ädigung. Das
 ie Anfrage von
 i Farren nötig

seien, wurde erwidert, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen auf einen Farren nicht mehr als 80 Stück sprungreife Tiere kommen dürfen. — Die von verschiedenen Seiten seit längerer Zeit einlaufenden Klagen haben die Erlassung einer ortspolizeilichen Vorschrift über Gehwegbenützung notwendig gemacht. Der vom Vorsitzenden vorgeschlagene Text der Vorschrift lautet: Auf öffentlichen Straßen, insbesondere auf Gehwegen ist das Verkehren des Publikums während Herumstehen oder Gehen verschiedener Personen bei Strafe verboten. Die Vorschrift soll dazu dienen, daß namentlich junge Leute, die, wie vielfach in der letzten Zeit zu beobachten war, durch Zusammenstehen auf den Gehwegen den Passanten den Weg verperert halten, und nicht so viel Anstand besitzen, den Weg frei zu geben, oder solche, die geschlossen nebeneinander auf den Gehwegen gehen, und durch ihr ungebildetes Gebaren andere zum Verlassen des Gehwegs zwingen, einer erzieherischen Strafe zugeführt werden können. — Die Ministerialabteilung für die höheren Schulen hat die Schulgelder vom November 1921 auf den 3fachen Betrag erhöht. Nach Rücksprache mit Herrn Studiendirektor Knodel und Herrn Fabrikant Sannwald als Vorsitzendem des Elternrats schlug Stadtschultheiß Göhner vor, den städtischen Anteil an dem Schulgeld in den höheren Schulen und in der Mädchenmittelschule nur um 50 Prz. zu erhöhen. Demnach würde das Schulgeld am Realprogymnasium in der Vorklasse und Klasse I für den Staat 270 M, für die Stadt 90 M, insgesamt also 360 M betragen, in Klasse II—V 495 (360 bzw. 135 M), in Klasse VI und VII 630 M (450 bzw. 180 M). In der Mädchenmittelschule würde in Klasse 5—9 das staatliche Schulgeld 135 M, das städtische 72 M betragen, also insgesamt 207 M. In der Frauenarbeitschule würde das Schulgeld von 270 auf 540 M erhöht, für Gäste 45 M für jede Woche. Auch für die Gewerbe- und Handelsschule wird das Schulgeld verdreifacht. — Der Gewerbeschulrat beantragt die Anstellung eines Hilfslehrers für die Gewerbeschule, die bekanntlich von Seiten des Gewerbeoberschulrats schon lange angestrebt wird. Begründet wird der Antrag damit, daß die beiden ständigen Lehrer zu stark mit Ueberstunden in Anspruch genommen seien, und daß die seitherigen Hilfskräfte aus der Volks- und Realschule künftig nicht mehr bereit seien, die nötigen Ueberstunden zu übernehmen. GR. Bauehle erklärte, daß zwar der Aufwand für die Gewerbeschule am höchsten von allen Schulen sei, und die Anstellung eines Hilfslehrers die Stadt 120 000 M koste, aber Hilfskräfte seien sehr schwer zu bekommen. Gewerbelehrer Gneiding habe zuletzt 34½ Stunden gegeben, obwohl er nur zu 28 Stunden verpflichtet sei, Gewerbelehrer Albinger, der als Schulvorstand nur zu 20 Stunden verpflichtet sei, habe 30 Stunden. Es wurde beschlossen, gegen die vorläufige Anstellung eines Hilfslehrers keinen Einspruch zu erheben. — Auf eine Anfrage aus der Mitte des Kollegiums erklärte der Vorsitzende, daß künftig in Rücksicht auf die Möglichkeit möglichst rascher Benützung der Motorfeuerprie der Mittelgang unter dem Rathaus von Wagen frei gehalten werden müsse. Auch gegen die Materiallagerung unter dem Rathausbogen wurden Bedenken erhoben. — Das württ. Arbeitsministerium hat Richtlinien zu Nothstandsmassnahmen für Sozialrentner herausgegeben. Der Staat bezahlt 90 Prz. der Unterstühtungen, während 10 Prz. von der Gemeinde getragen werden müssen. Aus den Beratungen des Unterstützungsausschusses geht hervor, daß hier etwa 90 Prz. Sozialrentner in Betracht kommen. Seitens der Staatskasse sind für diese Zwecke der Oberamtspflege 107 000 M zugewiesen worden. — Der Vorsitzende teilte mit, daß noch Gelegenheit geboten sei, die vom Staat und der Stadt eingerichtete Unterstützungskasse zur Erteilung von Vorläufen für Kartoffelbeschaffung zu benützen. Die erhaltenen Beträge können monatlich abbezahlt werden. — Das Pachtgeld für die städtische Schafweide in der Zeit vom 1. April 1922 bis 1923 wurde auf 80 000 M (bisher 20 000 M) heraufgesetzt. Die Summe wurde in Anbetracht der heutigen Heupreise sowie des Pferchertlöses allgemein als sehr niedrig bezeichnet. — Das Forstamt Hirau hat den Nutzungsplan für die städtischen Waldungen für 1922/23 vorgelegt; es dürfen 2740 Festmeter geschlagen werden, und außerdem darf für 12 ha ein Reinigungshieb vorgenommen werden. In den Jahren 1921—1930 können insgesamt 24 000 Festmeter geschlagen werden. — Der Militär- und Veteranenverein macht auf die Ende des Monats stattfindende Feier des 50jährigen Jubiläums des Vete-

ranenvereins aufmerksam, und bittet im Hinblick auf Vorgänge an anderen Orten den noch lebenden 12 Altveteranen, von denen mehrere in recht bedürftigen Verhältnissen leben, eine Ehrenspende zu reichen. Es wurde beschlossen, sämtlichen Altveteranen, auch solchen, die dem Verein nicht angehören, eine Ehrenspende von 1000 M aus diesem Anlaß zu überreichen. Der Vorsitzende wurde beauftragt, den Veteranen die Glückwünsche der Stadt zu überbringen. — Auf Anregung aus der Mitte des Kollegiums soll der Pächter des im Eigentum der Stadt befindlichen Dreißigen Saals darum ersucht werden, den Saal für Versammlungen gesellschaftlicher und politischer Art ohne Trinktzwang zur Verfügung zu stellen gegen Entschädigung für Licht und Heizung, und eventuell gegen mäßige Miete, da die Versammlungen und Veranstaltungen der Bürgerschaft, die doch auch kulturellen Zwecken dienen, sonst wegen der hohen Unkosten von vielen interessierten Kreisen nicht mehr besucht werden können.

Berechnung der gesetzlichen Miete bei einer Friedensmiete von 400 Mk.

I. Friedensmiete	M 400.—
Abzug 11 Prozent	„ 44.—
II. Grundmiete	„ 356.—
III. Zuschläge:	
1. Verwaltungszuschlag 40 Prz. der Grundmiete	M 142.40
2. Zuschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten 280 % d. Grd. M.	„ 996.80
3. Zuschlag f. große Instandsetzungsarbeiten 280 % d. Grd. M.	„ 996.80
4. Betriebskosten, ausgenommen Verwaltungszuschlag: Anteil an Steuern und Abgaben:	
a) Wohnungsabgabe etwa 145 % d. Grd. M.	„ 516.20
b) Gebäudesteuern	
c) Brandschadensumlage (ohne Feuerungsversicherung)	
d) Wasserzins	
e) Kehrtrahfuhrgeld	
f) Raminreinigungsgebühr	
g) Latrineneutleerungsgebühr	
4 b—g insgesamt etwa 140 % d. Grd. M.	„ 498.40
	zus. M 3506.60

Dazu kommt für Häuser, die nicht vom Vermieter mitbewohnt werden, oder in denen mehr als 4 Mietparteien wohnen, eine Erhöhung des Verwaltungskostenzuschlags um 35 % der Grundmiete mit „ 124.60

Zu dieser Summe kämen ferner noch unter Umständen besondere Zuschläge f. Hypothekenzinserhöhungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Ziff. 1 des R. M. Ges. für Untermieter, für Vermietung gewerblicher Räume (200, bzw. 250 % d. Grd. M.) und insbesondere eventl. ein Anteil an der sehr erheblichen Prämie für eine Feuerungsversicherung des Gebäudes.

Besuchsenthebungskarten.

Die Fürsorgeabteilung des Gemeinderats Weiplingen hat die Einführung von Besuchsenthebungskarten für Antritts- und Erwidierungsbesuche beschlossen. Hierdurch soll nicht nur eine neue Einnahmequelle für Fürsorgezwecke geschaffen werden, sondern es soll auch einem tatsächlich bestehenden Bedürfnis auf Ablösung einer etwas überlebten Sitte Rechnung getragen werden.

Erweiterung des Arbeitsministeriums.

(SCB.) Stuttgart, 3. Nov. Das württ. Staatsministerium hat beschlossen, die Angelegenheiten des Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehrs dem württ. Arbeitsministerium als württ. Landesbehörde in Verkehrsangelegenheiten zu übertragen mit der Maßgabe, daß das Arbeitsministerium sich in finanziellen Fragen mit dem Finanzministerium jeweils ins Benehmen setzen wird. Von dieser Regelung ist die Bearbeitung der Beamtenfragen in der Uebergangszeit, die bei dem Finanzministerium verbleibt, ausgenommen.

Stammheim, 2. Nov. Wie wir hören, wird Herr Pfarrer Jung die hiesige Gemeinde verlassen, um am 22. November auf seine neue Stelle in Wöttingen überzusiedeln.

Man sieht den Herrn Pfarrer, der ein guter gerne gehörter Prediger und ein sehr eifriger Seelsorger war, sehr ungern in der Gemeinde scheiden. Seit 1911 hatte Herr Pfarrer Jung hier gewirkt und namentlich während des Krieges sich der Ausmarschirten und ihrer Familien freundlich angenommen.

Stuttgart, 3. Nov. Um den alten und gebrechlichen Leuten, insbesondere vom verarmten Mittelstand die ihnen durch die Stadt. Minderbemittelten-Fürsorge und durch die Mittelstands-Nothilfe gewährten verbilligten Brennstoffe und Nahrungsmittel möglichst unentgeltlich ins Haus zu schaffen, hat sich die Unterrichtsverwaltung bereit erklärt, die reifere männliche Schulpflichtige Jugend der Minderbemittelten-Fürsorge-Behörde zur Verfügung zu stellen.

(SCB.) Ludwigsburg, 3. Nov. Am Donnerstag 1/9 Uhr schossen hohe Feuerfäden am Himmel empor. Das große alte Fabrikgebäude der Eisengießerei und Maschinenfabrik Barth in der Franzosenstraße, unweit der Hauptbahnhoflinie, stand in hellen Flammen. Die Feuerwehr mit der Motorspritze war rasch zur Stelle. Während das Wohnhaus und das neue Fabrikgebäude gerettet wurden, wurde die alte Fabrik ein Raub der Flammen.

(SCB.) Neutlingen, 3. Nov. In letzter Zeit wurde aus einem Lagerstuppen einer Fabrik ein größeres Quantum Baumwollgarn gestohlen. Die geschädigte Firma legt für Entdeckung des Täters und Verbringung des entwendeten Gutes eine Belohnung von 50 000 Mark aus.

(SCB.) Ulm, 5. Nov. In einer Villa in Neu-Ulm wurde eingebrochen. Es wurden Silbersachen und sonstige Haushaltgegenstände im Wert von 500 000 M gestohlen. Von den Dieben hat man keine Spur.

(SCB.) Eberach, 3. Nov. An Allerheiligen wollte sich ein verheirateter junger Mann durch Deffnen des Gashahmens vergiften. Er konnte noch rechtzeitig gerettet werden. Der Grund der Tat soll die Sorge ums tägliche Brot sein.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

* Der Dollar ist auf 6190 Mark gestiegen, der Schweizer Franken auf 1133 Mark.

Goldpreis.

Ein Gramm Gold, das früher 280 M kostete, stellt sich heute auf 3300 M. Dieser Preis ist immer noch billig gegen den Preis für 1 Gramm Platin, das 13 500 M gilt.

Handel und Industrie.

(SCB.) Schramberg, 3. Nov. (Gebr. Junghans A.G.) In der am 31. Oktober stattgefundenen Aufsichtsratsitzung der Gebr. Junghans A.G. wurde die Bilanz für das Geschäftsjahr 1921/22 vorgelegt. Der Gewinn beläuft sich einschließlich Vortrag auf 36 963 841 Mk. (i. B. 7 142 754 Mk.). Der auf den 8. Dezember einzuberufenden Generalversammlung wird vorgeschlagen, nach Dotierung der außerordentlichen Reserve mit 10 Millionen (i. B. 700 000), der Wohlfahrtsfonds mit 2 Millionen (500 000 Mk.) und nach Ausschüttung der festen 6 Proz. Dividende auf die Vorkursaktien eine Dividende von 30 Proz. (15 Proz.) auf die Stammaktien zu verteilen, woran 10 000 Vorkursaktien und 20 000 Stammaktien der jüngsten Emission mit der Hälfte teilnehmen.

Märkte.

(SCB.) Hall, 3. Nov. Dem Viehmarkt wurde abgeführt: 2 Ochsen, 40 Kühe und 63 Stück Jungvieh. Verkauf wurden 16 Kühe zum Preis von 86 000—175 000 und 37 Stück Jungvieh von 40 000—107 000 Mk. pro Stück.

(SCB.) Seidenheim, 3. Nov. (Schafmarkt.) Zugeführt 3621 Schafe, verkauft 2557 Stück, zurückgeführt 1064 Stück. Gesamterlös 21 750 250 M., höchster Preis für 1 Paar Hammel 30 000 M., niederster für 1 Paar Schafe 10 000 M. Durchschnittspreis für 1 Stück 9679 M.

(SCB.) Althausen O. Mergentheim, 3. Nov. (Schafweide.) Die hiesige Schafweide wurde an den bisherigen Pächter neu vergeben. Es wurde ein Pachtpreis von 540 000 M. erzielt, während der bisherige 27 300 M. betrug.

Die städtischen Kleinhandelspreise dürfen sich nicht an den Wiesen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verteilungskosten in Betracht kommen. D. Schriftl.

Die Marktbesucher

müssen Sie auf die Güte Ihrer Waren im „Calwer Tagblatt“ aufmerksam machen, dadurch sichern Sie sich ein gutes Markt-Geschäft!

Stadtgemeinde Calw.
Pferde-, Vieh- und Schweinemarkt
 findet am Mittwoch, den 8. November 1922 statt; zu dessen Besuch wird eingeladen. Gesundheits- und Ursprungszeugnisse sind mitzubringen. Die weiteren Bedingungen sind in der Bekanntmachung betreffend den am 14. Juni 1922 abgehaltenen Viehmarkt enthalten.
 Calw, den 3. November 1922.
 Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Bekanntmachung.
 Ab 1. Oktober gelten nachstehende Preise:
Strompreis:
 Lichtstrom Mark 45.— pro KWS.
 Kraftstrom Mark 38.— }
Gaspreis:
 für Calw Mk. 35.— pro cbm
 für Hirsau Mk. 40.— }
 Die Gasmessermieten werden um etwa 100% erhöht.
Kohlspreise ab heute:
 Brechkohls Mk. 700.— für 1 Zentner
 Grobkohls Mk. 695.— ab Werk.
 Bohnenkohls Mk. 640.— }
 Calw, den 3. November 1922.
 Städt. Gas- u. Elektr.-Werk: Schlaich.

Unsere Kasse ist von 4 Uhr nachmittags an geschlossen.
 Creditbank für Landwirtschaft und Gewerbe in Calw e. G. m. b. H.

Wiesen-Verpachtung.
 Die Firma Christ. Lud. Wagner verpachtet am Montag, den 6. Nov. 1922 nachm. 4 Uhr auf dem Rathaus in Hirsau den nächstjährigen Ertrag von 4 Morgen Wiesen mit Bäumen in den Gastwiesen. Liebhaber sind eingeladen. Feucht, Bez.-Notar.

Zu den bevorstehenden **Gemeinderatswahlen** erhalten Sie raschestens **Wahlzetteln. Flugblätter** von der **Druckereis. Blattes, Calw, Lederstr. 151** Fernruf Nr. 9.

Most-Äpfel kauft jedes Quantum und bittet um Angebote **Otto Jung.**
Günstige Gelegenheitskäufe!
 Teppiche (aus englischen Heeresbeständen) hoch u. tiefere Größe ca. 170/230, für Pferde- u. Schlafdecken verwendbar, auch zum Umarbeiten für Mantel u. Soppen geeignet, Stück Mk. 2300.
 Ein **Polster neue Decken**, Größe ca. 145/170, als Pferde-, Schlaf-Decke, Bett-Teppich, auch zum Umarbeiten für Kinderkleider geeignet Stück Mk. 1400.
 Ein **Polster selbgrane Soppen**, für junge kräftige Leute, Stück Mk. 2500, dazu passende kurze, umgearbeitete Sporthose aus gleichem Stoff, Stück Mk. 1500.
Selbgrane Hosen, vorzügliche strapazierbare Ware, Qualität, Stück Mk. 3200, in leichter Qualität, Stück Mk. 2800, alles porto- u. verpackungsfrei, gegen Nachnahme, solange Vorrat.
Räthe Muffer, Stuttgart, Ostfild-straße 48, Postfach 6841. Fernspr. 12151.

Witke überbrennen!
Oetker's Rezepte
 gelingen immer! Man versuche: **Sandtorte.**
 Zutaten: 250 g ungesalzene Butter oder Margarine, 250 g Zucker, 250 g Dr. Oetker's Gustin, 4 Eier, 1 Teelöffel voll von Dr. Oetker's Vanillin-Zucker, 1 Messerspitze voll von Dr. Oetker's Backpulver „Backin“.
 Zubereitung: Die Butter wird etwas erwärmt und schaumig gerührt. Dann gibt man allmählich Zucker und Vanillin-Zucker hinzu. Hierauf ein Ei und etwas Gustin, das vorher mit dem Backin gemischt wurde. Ist dieses gut verrührt, wieder ein Ei und etwas Gustin, bis die Eier und das Gustin verbraucht sind. Die Masse wird in eine mit Butter ausgestrichene Form gegeben und bei mittlerer Hitze rund 1 Stunde gebacken. Sandtorte hält sich lange Zeit frisch und ist ein beliebtes Gebäck für Tee und Wein.
 Rezept Nr. 7.

Montag Abend **Lern-Veranstaltung.**

B.B.Z. Montag abend im Lokal.

TAPETEN in groß. Auswahl auf Lager **EMIL G. WIDMAIER**, Bahnhofstraße.

Junge **Schnauzerhündin** hat sich verlaufen. Um Angabe über deren Verbleib wird gebeten. **Hugo Weiß, Althengstett.**

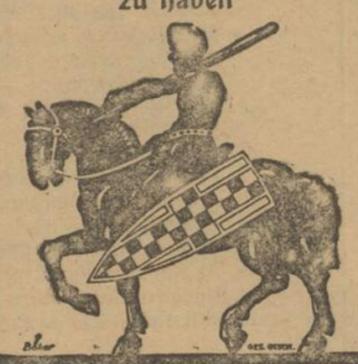
Verlang. Sie **gratis** Preisst. üb. **Fahrräder, Fahrradgummi, Kinderwagenreifen, Kastr.-u. Leiterwagen, sowie Erntegräder.** Dieses liegt in Ihrem eigenen Interesse. **E. Levy, Hildesheim**
 Eijerne **Kinderbettlade** zu kaufen gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Färberei Staiger Prüllingen für Haus- und Industrie. Annahmestelle: **Friederike Pfeiffer, Calw, Schloßstraße 241.**

Guterhaltener **Bücher, Frank und Waschtisch** zu kaufen gesucht. Angebote unter E. F. 258 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Pfaffenbütchenholz kauft zu hohen Preisen kleine und große Quantum **Alfred Mayer, Immendingen.** Jeder Auskunft siehe postwendend gerne bereit.

10 Monate altes **Rind** verkauft **Schnürle, Speckhardt.**

In allen einschlägigen Geschäften zu haben

Wirkempp Weinbrand
 C. W. Kemp Nachf. A. G. Stettin
 Lager unterhält unser General-Vertreter: **Conrad Petruschke, Ulm a. Donau, Fernruf 1457.**

Ullhein Schnittmuster Zu beziehen durch **Friedrich Häussler Buchhandlung** Fernsprecher 61 an der Brücke

Zu kaufen gesucht: **Wohnhaus** geeignet für Kontorräume, Bahnhofnähe, Wohnungstausch möglich, gegen Vorzahlung. Schriftl. Angebote erbeten **Witth. Haaf, Kontor Bismarckstr. 489.**

Felle Zahle enorme Preise für Felle all. Art. Stallhufen, alle nach Größe bis 150 Mark u. mehr. Legen Sie mir Ihre Felle vor. Adresse ausschneiden. **E. Maishofer, Pforzheim, Tierpräparation, Lindenstraße 52.**

Bestellen Sie das „**Calwer Tagblatt**“.

Elektro-Motore
 von 1/2 bis 50 PS. fabriken, Kupferwicklung, Fabrikat Himmel oder Maschinenfabrik Ehlingen, sofort lieferbar
Kurz & Benz, G. m. b. H., Zweigbüro Calw. Fernsprecher Nr. 57.

Öffentlicher Vortrag am Montag, 6. November, abends 8 Uhr im Weiß'schen Saal von **Herrn Rudolf Zeitler aus Wien** über **„Aufstieg od. Niedergang“.** Jedermann ist hiezu freundlichst eingeladen. **Alldeutscher Verband, Ortsgruppe Calw.**
Spar- u. Consumverein Calw. Diejenigen Mitglieder, bei welchen die Abrechnung ihrer Dividenden für das Geschäftsjahr 1921/22 noch nicht erledigt ist, bitten wir, **ihr Mitgliedsbuch** auf unserem Geschäftszimmer (1. Stock) **in Empfang nehmen zu wollen.** Nach dem letzten Generalversammlungs-Beschluß ist der **Geschäftsanteil auf Mk. 1000.—** erhöht worden und eruchen wir unsere Mitglieder dringend **den selben nunmehr umgehend zu ergänzen.** Der Vorstand.

Lichtspieltheater Badischer Hof. Morgen Sonntag nachmittags 3 Uhr und abends 8 Uhr **Das Brandmal der Liebe** Drama in 7 Akten mit Beiprogramm.

Suche zwei stationäre Benzinmotore wenn auch defekt, zu kaufen. **Adolf Braun, Calw, Biergasse** Installationsgeschäft.

Ausländiges, plinkliches **Mädchen** in kleinen Haushalt bei hohem Lohn gesucht. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Nach Pforzheim! Tüchtiges, selbständiges **Mädchen** für Küche und Haushalt zu 4 Personen bei hohem Lohn auf sofort oder später gesucht. Schriftliche Angebote an Frau Fabrikant R. Heim, Bleichstraße 88.

Plinkliche Frau für eine Abendstunde **Fahradarbeit** baldigst gesucht. Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Guterhalt. starken 2-3½ **Davorer** gesucht. Gestl. Angebote mit Preisang. u. N 258 a. Geschäftsst. d. Bl.

Sie kaufen heute noch die beste **Gerber's Nähmaschine** vorteilhaft solange Vorrat **Stephan Gerber, Hauptst. Neutlingen** Aushang kostenlos - günstige Zahlungsweise. Bei Kauf wird Fabrik vergütet!

Alkoholometer, Motorwagen, Unterprober, Milchwagen beziehen Sie am vorteilhaftest. bei Apotheker **Fr. Reichmann, Alte Apotheke, Calw.**

1/1 oder 3/4 **Geige** zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter N. 258 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Als Nachfolger...
 Die deutsche...
 Der französische...
 Auch die Frage...
 Die Lage...
 In Forst...
 In Dorf...
 Die G...
 Berlin...
 Stern der...
 schein Neg...
 wird ihr...
 bekanntge...
 schreibt, u...
 Kommissio...
 werden, i...
 finden.
 Berlin...
 festgelegte...
 sion wurde...
 Wie das...
 Regierung...
 des Budget...
 zu tun g...
 wahrheit...
 Reichstags...
 Kontrolle...
 dekt es sic...
 bestimmun...
 Denkschri...
 Gotbanlei...
 neben sin...
 Aufstiege...
 Reichsregi...
 land zu l...
 schläge ei...